

Der Arbeitsmarkt:

Wer fragt von wem was nach? Wer bietet wem was an?

Einerseits

soll man sich vorstellen, daß Arbeiter ihre Kenntnisse und Fähigkeiten einem interessierten Publikum von Unternehmern anbieten, umgekehrt Firmen Arbeitskräfte nachfragen wie Rohstoffe oder Maschinen; zu einem Preis namens Lohn werden beide Seiten sich einig – oder auch nicht.

In der Wirklichkeit weist dieses idyllische Bild allerdings eine Reihe von Schönheitsfehlern auf. Denn was heißt bei Arbeitern schon „anbieten“? Sie können ja schwerlich abwarten, bis ein Kunde ihre Fähigkeit einmal zu würdigen weiß, geschweige denn, bis eine Knappheit ihren Preis in die Höhe treibt. Als Verkäufer genommen, sind sie in der dummen Situation eines andauernden *Notverkaufs*; „König“ ist in dem Fall wirklich der Kunde. Das zeigt sich erstens im *Preis*, auf den ein einzelner Arbeiter nur im Ausnahmefall von sich aus einwirken kann; gäbe es keine Vertretungsinstanz, die allgemeine Richtpreise aushandelt, hinge der Preis eines Arbeiters ganz von der Willkür des Käufers ab. Anders als bei normaler Ware steht zweitens noch nicht einmal der Gebrauchswert, den ein Arbeiter „anbietet“, in seiner Macht. Es liegt am Kunden, wofür er seine eingekauften Kräfte einsetzt und welche Qualifikation er verlangt; die einzige Chance des „Verkäufers“ besteht in seiner bedingungslosen Anpassungsfähigkeit. Sich feilhalten, ohne auf eigene Preisvorstellungen oder einem individuellen Gebrauchswert beharren zu können, und auch bei äußerster Nachgiebigkeit in beiden Fragen ohne Einfluß auf die freie Käuferentscheidung: das ist die Marktsituation des Arbeiters, als Anbieter auf dem Arbeitsmarkt betrachtet.

Andererseits

darf man sich deswegen die Sachlage auch umgekehrt vorstellen. Die Arbeiter brauchen jemanden, der von ihrer Arbeitskraft Gebrauch macht, fragen also „Beschäftigung“ nach; die Unternehmer kommen diesem Bedürfnis entgegen, indem sie „Arbeitsplätze“ anbieten.

Das Seltsame an diesem „Modell“ ist die Tatsache, daß die Lohnzahlung des Unternehmers eigentlich überhaupt nicht hineinpaßt. Was *zahlt* ein „Arbeitsplatzbesitzer“ denn dafür, daß er vom „Arbeitgeber“ seinen Posten erhält?

Realistisch ist diese Vorstellung von einem Markt für Arbeitsplätze immerhin in dem einen Punkt: Wie im wirklichen Marktgeschehen kann man nicht bekommen, was nicht angeboten wird, und es gibt ja auch keinen Gebrauchswert „Beschäftigung“. Und wenn er angeboten wird, dann hat der Verkäufer noch allemal ein Recht darauf, mit ihm ein Geschäft zu machen.

Die Moral

beider „Marktmodelle“ ergänzt sich gut und läuft auf folgende Botschaft hinaus:

– „Unternehmer“ ist der wichtigste Beruf in der Gesellschaft; denn sie stellen das Gut her, das jeder außer ihnen braucht: *Arbeitsplätze*. Deswegen muß man diesen Berufsstand pflegen und fördern.

– Werden Lohnarbeiter entlassen und nicht wieder – oder gar nicht erst – eingestellt, dann spricht alles dafür, daß sie für ihre Überflüssigware „Arbeit“ zu viel verlangen. Ohne Preissturz ist für sie nichts drin.

– Finden sie trotzdem niemanden, der sie benutzen und bezahlen will, dann ist das knappe Gut „Arbeitsplatz“ offensichtlich zu knapp, also wohl in der Herstellung zu teuer; die Produzenten dieser Ware gehören also erst recht gut behandelt, subventioniert und beschenkt.

Ganz und gar unmoralisch

wäre es jedenfalls, die Sache so zu sehen:

– Wenn die Arbeit zu doof oder zu schwer ist oder die Bezahlung zu gering, geben die „Arbeitsplatzbesitzer“ die untaugliche Ware zurück; denn als Kunden können sie Qualität verlangen.

– Wieviel Arbeit den Unternehmen verkauft wird und zu welchem Preis, legen die Verkäufer des kostbaren Gutes „Arbeit“ fest. Und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß es sich für sie lohnt.

– Bleibt die Nachfrage von Unternehmerseite aus, dann machen die Anbieter von Arbeit und die Nachfrager von Arbeitsplätzen die Sache gleich ganz unter sich aus: Sie produzieren, was sie brauchen, und verbrauchen, was sie produzieren.

Ein Ding namens Arbeitsmarkt wäre dann allerdings überflüssig.

Aus: Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ), Ausgabe Opel (Rüsselsheim), 12. 1. 1984